

Bericht aus der Gemeinderatssitzung vom 19.02.2020

Haushaltsplan 2020 einstimmig verabschiedet

Einstimmig verabschiedete der Gemeinderat den Haushaltsplan und die Haushaltssatzung für das Jahr 2020. Ebenso wurde dem Stellenplan 2020 und dem Finanzplan für den Planungszeitraum 2019 bis 2023 zugestimmt. Die Verwaltung wurde ermächtigt, das weitere Verfahren zur Rechtswirksamkeit des Haushaltsplans und der Haushaltssatzung 2020 in die Wege zu leiten.

Unter Hinweis auf das 419 Seiten starke Zahlenwerk, welches dem Gemeinderat als Beratungsvorlage zugegangen war, erläuterte Bürgermeister Mauch ausführlich die Eckdaten in Form der Rechtsgrundlagen, des Haushaltserlasses des Landratsamtes Schwäbisch Hall, der Finanz- und Kassenlage, das Haushaltsvolumen, die Einwohnerzahlentwicklung, die Steuerkraftsumme mit Finanzausweisungen und -umlagen, die Steuern, Gebühren und Abgaben, die Verschuldung, die kalkulatorischen Kosten und die Personalkosten.

Der Vorsitzende führte aus, dass nun mit dem aufgestellten Haushaltsplan 2020 der dritte Haushalt nach den Vorgaben des neuen Kassen- und Haushaltsrechts (NKHR) vorliege und man weitere wichtige Erfahrungen gewonnen habe. Es gelte weiterhin eine strikte Haushaltsdisziplin zu wahren und genau abzuwägen, welche Vorhaben künftig realisiert werden sollen. Nicht jeder Wunsch sei erfüllbar, so der Vorsitzende. Durch die zu erwartenden Investitionen im Bereich Breitbandausbau und Abwasser/Kläranlage werde der finanzielle Spielraum zukünftig zusätzlich enorm eingeschränkt. Die Vorberatung des Haushaltsplans erfolgte in der Gemeinderatssitzung am 21.01.2020.

Im Weiteren erläuterte der Vorsitzende einige wesentliche Eckpunkte des Haushaltsplanes. Im Ergebnishaushalt beläuft sich der Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge auf 9.942.567 € (Vorjahr 9.528.409 €) und der Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen auf 9.698.433 € (Vorjahr 9.612.337 €), somit auf ein veranschlagtes ordentliches Ergebnis von 244.433 € (Vorjahr -83.928 €). Dies stelle eine deutliche Verbesserung gegenüber dem Vorjahr dar.

Im Finanzhaushalt beläuft sich der Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf 9.669.389 € (Vorjahr 9.390.601 €) und der Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf 8.634.657 € (Vorjahr 8.556.421 €), was einen Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushalts von 1.034.732 € entspricht (Vorjahr 834.180 €). Der Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit beträgt 3.493.530 € (Vorjahr 721.677 €), der Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit beträgt 6.549.691 € (Vorjahr 2.418.029 €), was einen veranschlagten Finanzierungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit von -3.056.161 € ergibt (Vorjahr -1.696.352 €). Der veranschlagte

Finanzierungsmittelbedarf in der Summe beläuft sich auf -2.021.429 €. Der Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit beläuft sich auf 840.000 € (Vorjahr 600.000 €), der Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit beträgt 352.400 € (Vorjahr 302.000€), was einem veranschlagten Finanzierungsmittelüberschuss aus Finanzierungstätigkeit in Höhe von 487.600 € entspricht (Vorjahr 298.000 €). Die veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittelbestands ergibt einen Saldo des Finanzhaushalts in Höhe von -1.533.829 € (Vorjahr -564.172 €).

Zur Berechnung der Umlagen und Zuweisungen nach dem kommunalen Finanzausgleich informierte der Vorsitzende, dass sich zum Vergleich des Jahres 2019 eine Verbesserung um 777.635 € ergebe. Dabei betragen die Einnahmen in diesem Bereich 2.510.116 € (Vorjahr 2.543.602 €) und die zu zahlende Kreisumlage und Finanzausgleichsumlage reduziere sich auf 2.215.042 € (Vorjahr 3.026.163 €).

Die Steuerhebesätze blieben unverändert, berichtete Bürgermeister Mauch.

Zur Verschuldung führte Bürgermeister Mauch aus, dass für die Finanzierung der Investitionen eine Darlehensaufnahme in Höhe von 840.000 € erforderlich werde. In der mittelfristigen Finanzplanung 2018-2022 war für 2020 keine Kredite vorgesehen. An Kredittilgungen sind 352.400 € veranschlagt. Somit ergebe sich eine Erhöhung des Schuldenstandes um ca. 487.000 €, was einer Gesamtverschuldung zum Jahresende 2020 von rd. 6,08 Mio. € entspreche. Dies stelle eine Pro-Kopf Verschuldung von rd. 1.411 € dar, so der Vorsitzende.

Die kalkulatorischen Abschreibungen der kostenrechnenden Einrichtungen betragen rd. 453.600 €, an Beitragsauflösungen seien rd. 69.400 € und an Zuschussauflösungen rd. 62.400 € veranschlagt.

Zu den Personalkosten informierte Bürgermeister Mauch, dass diese mit 3.091.680 € veranschlag seien (Vorjahr 2.793.940 €), somit um ca. 10,66 % gestiegen sein, was der durchschnittlichen linearen Erhöhung um 2,0 %, der dazugehörenden Erhöhung der Sozialleistungen und den Personalaufstockungen im Bereich Kindergarten „Alte Post“, Bauamt und Kämmerei geschuldet sei.

Zum Finanzhaushalt führte Bürgermeister Mauch aus, dass die in den Vorjahren geplanten und begonnenen Maßnahmen nicht neu veranschlagt wurden, da sie Kraft Gesetz (§21 GemHVO) übertragbar seien. Im Detail verwies er auf die Aufstellung im Haushaltsplan.

Für das **Jahr 2020** sind folgende große Investitionen geplant:

Maßnahme	Planansatz 2020	Planansatz 2020	Planansatz 2021	Planansatz 2021
	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
	€	€	€	€
Stadtsanierung Kirchplatz	400.000	400.000	400.000	175.500
Stadtsanierung allgemein	123.700	74.200	0	0
Erwerb/Umbau Ärztehaus	592.000	0	0	0
Grunderwerb / Bauplatzverkauf	380.000	900.000	0	0
GW-Logistik	300.000	66.000	0	0
Schulzentrum - Digitalpakt	57.000	60.000	0	0
Umbau Kiga Post	149.000	0	0	0
Breitbandausbau	1.212.700	1.091.430	5.542.800	4.988.520
Mehrkosten Rossgasse Dünsbach	1.879.700	782.200	0	0
Mehrkosten GG Winterhöhe	489.800	12.000	0	0
Erschließung Hopfenäcker	573.000	0	573.000	0
Gemeindesaal Amlishagen	53.000	0	58.000	0

Bürgermeister Mauch endete mit seinem Resümee, dass auch die Einführung eines Flächenfaktors beim kommunalen Finanzausgleich in den kommenden Jahren auf Mehreinnahmen im Rahmen des FAG hoffen lasse. Diese Mittel würden aber für die kommenden unabweisbaren Investitionen mehr als dringend benötigt werden, so dass auch künftig die Haushaltslage extrem angespannt sein werde. Die Mittelfristige Finanzplanung zeige, dass keine Entspannung des Haushaltes zu erwarten sei und die Stadt mit der Bewältigung der bereits jetzt schon in der Mittelfristigen Finanzplanung mehr als ausgelastet sei. Insgesamt sei aber ein positiver Trend absehbar, so der Vorsitzende.

Nachdem im Anschluss an den Sachvortrag noch einige Fragen aus dem Gemeinderat beantwortet wurden, gaben anschließend die im Gemeinderat vertretenen Fraktionen, mit der größten Fraktion beginnend, ihre Stellungnahmen zum vorliegenden Haushaltsplan ab.

Stadtrat Autenrieth gab die Stellungnahme der **Freien Wählervereinigung** ab.

Zu Beginn seiner Rede dankte der Fraktionsvorsitzende der stellvertretenden Amtsleiterin Frau Dollmann für die Erstellung des diesjährigen Haushaltsplans. Unter Hinweis auf die aktuelle Situation und Probleme der Weltwirtschaft wurde betont, dass diese nicht ohne Auswirkungen letztendlich auch auf den Heimatort Gerabronn bleiben

werden. Alle namhaften großen Wirtschaftsinstitute prognostizierten für das nächste Jahr stagnierende oder sinkende Zahlen für das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts. Rund 100 Milliarden Euro weniger Steuereinnahmen wurden prognostiziert. Die aktuell konjunkturelle Lage sei angespannt und die fetten Jahre wohl vorbei.

Im weiteren Verlauf ging Stadtrat Autenrieth auf die wesentlichen Eckdaten und Kennzahlen des Haushaltsplans 2020 ein. Die Pro- Kopf-Verschuldung erhöhe sich auf 1.411 €. Einen großen Teil des diesjährigen Haushaltsdefizites könne noch aus den liquiden Mitteln des Vorjahres auffangen werden, ob dies in den Folgejahren noch möglich sein werde wurde bezweifelt. Die Steuerkraftsumme je Einwohner in Gerabronn liege im Vergleich der umliegenden Gemeinde leider nicht sehr hoch. Hier nehme Gerabronn einen unteren Platz ein. Anders bei den Grundsteuerhebesätzen und der Gewerbesteuer, hier liege Gerabronn im mittleren Bereich.

Zum dem um ca. 10% gestiegenen Personalkosten erläuterte Stadtrat Autenrieth, dass eine gut funktionierende Verwaltung, ein schlagkräftiger Bauhof und selbstverständlich genügend und gute Erzieher und Erzieherinnen in unserer Stadt benötigt würden, um die immer komplexeren und anspruchsvollen Aufgaben zu bewerkstelligen. Die Freie Wählervereinigung sehe hier momentan keine Einsparungsmöglichkeiten. Allerdings sollten die Personalkosten zukünftig nicht noch wesentlich steigen.

Als Beispiele für einige große Investitionen wurde das Ärztehaus, die Sanierung des Kirchplatzes, der Breitbandausbau, die Rossgasse in Dünsbach und die Erschließung des Baugebietes Hopfenäcker in Dünsbach genannt. Die Digitalisierung der Schulen werde zum Glück durch den Digitalpakt des Bundes mitfinanziert, jedoch gebe es an den Gebäuden einige Rückstände, die in den nächsten Jahren aufzuholen seien. Dies dürfe nicht aus den Augen gelassen werden, da man in die Zukunft der Kinder und der Stadt investiere.

Abschließend dankte der Fraktionsvorsitzende auch den Gerabronner Einwohnern, für die vielen Anregungen aus den Bürgerversammlungen. Diese aufzunehmen und zu realisieren bleibe Aufgabe für die Zukunft. Ein Herzenswunsch war hier auch die Nutzung des Schüle-Areals. Hier sei man auf einem sehr aussichtsreichen und guten Weg. Leider könnten aber nicht alle Wünsche erfüllt werden. Dies werde wahrscheinlich in Zukunft noch schwerer werden. Erhebliches Kopfzerbrechen bereite die bevorstehenden Sanierungen der Kläranlagen.

Seinen Dank an Bürgermeister Mauch und die komplette Stadtverwaltung für die umsichtige Finanzplanung, die zwar angespannt sei, aber dennoch den Weg für zukunftsweisende Investitionen offenlasse beendete Stadtrat Autenrieth mit der Feststellung, dass die Fraktion der Freien Wählervereinigung dem Haushaltsplan für das Jahr 2020 zustimmen werde.

Die Stellungnahme der **CDU-Fraktion** wurde daraufhin von Stadträtin Rath vorgetragen.

Einführend zu ihrer Rede erklärte die Fraktionsvorsitzende, dass die Darstellung des neuen kommunalen Haushaltsplanes mit dem vorliegenden Exemplar nicht einfacher werde. Dennoch sei man über das Vorliegen des äußerst umfangreichen Zahlenwerks, trotz der dünnen personellen Besetzung, erfreut. Auf eine Wiederholung der Zahlenmäßigen Eckdaten wurde verzichtet, da diese bereits vom Vorredner vorgetragen wurden.

Als wesentliche und wichtige Investitionen im Jahr 2020 nannte Stadträtin Rath beispielhaft folgende Punkte:

- Kauf des Volksbank Gebäudes - neues Ärztehaus - Umbau;
- Straßensanierung Roßgasse Dünsbach und Verschönerung des Ortsbildes;
- Erschließung des Gewerbegebiets Winterhöhe in Dünsbach;
- Renovierung der Gemeindesäle in den Stadtteilen Michelbach an der Heide und Amlishagen;
- Anschaffung des neuen Fahrzeuges GW Logistik für die aktive Feuerwehr;
- Sanierung der Elektrik im Schulzentrum und Umsetzung des Digitalpaketes, wobei weitere Investitionen mittelfristig anstehen;
- Gestaltung und Realisierung des Kirchplatzes.

Als mittelfristig finanziell besonders herausfordernd nannte die Fraktionsvorsitzende u.a. die Zentralisierung der Kläranlagen, die Stadtsanierung Nord, den Breitbandausbau, die Seestraße und die vorausschauenden Erschließungen und Erweiterungen von Baugebieten. Die CDU-Fraktion werde bei den anstehenden Investitionen auf eine strikte Ausgabendisziplin achten, so Stadträtin Rath.

Zum Ende ihrer Haushaltsrede dankte Stadträtin Rath der Stadtverwaltung, vor allem Frau Dollmann für die Erstellung des Haushaltsplanes, die sich dieser „Herkulesaufgabe“ gestellt und mit überdurchschnittlichem Engagement auch gemeistert habe. Abschließend erklärte sie, dass die CDU-Fraktion dem Haushaltsplan für das Jahr 2020 zustimmen werde.

Die Stellungnahme der **SPD-Fraktion**, erstellt vom Fraktionsvorsitzenden Mäschtig, wurde wegen Krankheit und Verhinderung aller Fraktionsmitglieder in Vertretung von Stadträtin Mayer vorgetragen.

Zunächst entschuldigte sich der Fraktionsvorsitzende dafür, dass er seine Haushaltsrede nicht persönlich vortragen könne. Im Weiteren ging er auf verschiedene Eckdaten des Haushaltsplan 2020 ein. Investitionen von über 6 Millionen Euro stünden Einnahmen von über 3 Millionen Euro gegenüber. Die größten Investitionen lägen dabei bei den Mehrkosten für die Sanierung der Rossgasse in Dünsbach, der Umbau des neuen Ärztehauses in der Bahnhofstraße und die Erschließungskosten des

Baugebietes Hopfenäcker in Dünsbach. Dies seien alles wichtige und notwendige Investitionen, die von der SPD-Fraktion befürwortet würden.

Zu den Personalkostensteigerungen von etwas über 10% erläuterte Stadtrat MäschiG, dass im Vergleich zu ähnlich strukturierten Gemeinden Gerabronn deutlich weniger Personalausgaben zu verzeichnen habe und die SPD-Fraktion der Personalentwicklung positiv gegenüberstehe. Insbesondere im Bauamt und in der Kämmerei, sei die Aufstockung des Personalschlüssels schon überfällig.

Als großes Anliegen bezeichnete der Fraktionsvorsitzende die Schulen, insbesondere die Grundschule, konkret die Modernisierung im Bereich Elektrik um wieder auf einen sicheren Standard zu kommen. Ebenfalls die Umsetzung des Digitalpakts und welche positiven Veränderungen sich dadurch für die Schüler ergeben werden.

Weiter wurde auf die positive Entwicklung im Stadtbild Bezug genommen. Große Hoffnung haben werden dabei in die Umsetzung der Planung für das ehemalige „Munzinger-Areal“ gesetzt und auf die Planung für das Schüle-Areals. Wenn diese Projekte zum Erfolg führen, brauche man sich für die Entwicklung der Stadt Gerabronn keine Sorgen mehr zu machen, so Stadtrat MäschiG.

Trotzdem müsse weiterhin eine strikte Haushaltsdisziplin gewahrt werden und die Investitionen und Vorhaben der nächsten Jahre sehr genau abgewogen werden. An den positiven Trend der vergangenen zwei Jahre können wieder angeknüpft werden, was sicher ein Verdienst von Bürgermeister Mauch mit seinem Team sei.

Zum Ende bedankte sich Stadtrat MäschiG bei allen, die sich aktiv an dem Haushaltsplan und an der nicht einfachen Aufstellung des Haushaltes beteiligt haben. Insbesondere wurde dabei Frau Alexandra Dollmann hervorgehoben. Abschließend erklärte er, dass die SPD-Fraktion dem Haushaltsplan mit der Haushaltssatzung für das Jahr 2020 einstimmig zustimmt.

Bürgermeister Mauch bedankte sich abschließend bei allen Fraktionen für die gute Zusammenarbeit und die einstimmige Abwicklung des Haushaltsplanes 2020 zum Wohle der Stadt Gerabronn.

Beschaffung von Apple iPad´s für das Digitale Sitzungsmanagement beschlossen

Zur Einführung des digitalen Ratssystems für den Gemeinderat der Stadt Gerabronn beschloss der Gemeinderat einstimmig die Anschaffung von 24 Apple iPad´s, 7.Gen 10,2“ Endgeräten inkl. AppleCare+. Die Geräte werden von der Fa. Rüger IT Ilshofen zum Preis von 11.952,06 € (inkl. MwSt) geliefert.

Bürgermeister Mauch erinnerte daran, dass in der Sitzung vom 23.01.2019 vom Gemeinderat beschlossen wurde, das vom Rechenzentrum angebotene System des Herstellers SOMACOS für das digitale Sitzungsmanagement zu nutzen. Dieses wurde daraufhin beim Rechenzentrum ITEOS beauftragt. Aufgrund der hohen Nachfrage

wurde erst Anfang des Jahres 2020 ein Schalttermin des Systems auf Mitte März 2020 bestätigt. Der benötigte Vorlauf betrage ca. 6 Monate, so der Vorsitzende. Ebenfalls wurde in der Januarsitzung die Beschaffung von Apple Endgeräte durch die Stadtverwaltung beschlossen um diese dann dem Gemeinderat zur Verfügung zu stellen. Hierfür wird mit der Übergabe der Geräte eine entsprechende Nutzungsvereinbarung abgeschlossen. Der Vorsitzende erläuterte weiter die drei grundsätzlich in Frage kommenden Modelle, welche vom EDV-Dienstleister vorgeschlagen wurden. Dabei handelte es sich um das Apple iPad Air 10,5“ mit 64 GB zu 548,47 €/Stück, inkl. MwSt., das Apple iPad Pro 12,9“ mit 64 GB zu 1.097,06 €/Stück, inkl. MwSt. und das iPad 7.Gen 10,2“ mit 128 GB zu 473,62 €/Stück, inkl. MwSt.

Im Rahmen der Aussprache wurde einhellig der letzteren Variante der Vorzug geben, auch wegen des empfohlenen größeren Speichers, der bei Apple Geräten nicht nachgerüstet werden kann.

Abschließend zu diesem Tagesordnungspunkt gab Bürgermeister Mauch noch den vorläufigen Zeitplan zur Umsetzung bekannt. Am 18. März 2020 findet das Einführungsgespräch mit Mitarbeitern von ITEOS und der Stadtverwaltung statt, bis Mitte April 2020 erfolgt das Einpflegen der Vorlagen und Daten ins System und die Einrichtung durch ITEOS, Mitte/Ende April 2020 folgt dann die Grundlagenschulung der MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung. Die Sitzungen im Mai/Juni/Juli fungieren als Testläufe, bei denen digital und parallel im Papierbetrieb gearbeitet werden soll. Am 19. September 2020 folgt die Schulung für den Gemeinderat und voraussichtlich ab Oktober die 1. digitale Gemeinderatsratssitzung.

Bausachen

Der Errichtung eines **Einfamilienwohnhauses mit Garage** auf Flst. Nr. 709/5 im Baugebiet Lindenbronner Weg erteilte der Gemeinderat einstimmig sein Einvernehmen. Den Abweichungen von den Festsetzungen des Bebauungsplanes bei der geplanten Garage auf der Südseite des Grundstückes, welche um rd. 17 m² außerhalb der Baugrenze liegt und bei der Unterschreitung der Erdgeschossfußbodenhöhe um ca. 20 cm wurde ebenfalls einstimmig zugestimmt.

Kurz berichtet

Aus Kreditermächtigungen der Vorjahre für bisher nicht aufgenommene Kredite stimmte der Gemeinderat einstimmig der Annahme des **Kreditangebotes** der Bayern LB in Höhe von 1,5 Mio. Euro auf 30 Jahre mit einem Zinssatz von 0,62% zu. Bürgermeister Mauch erläuterte zuvor, dass der aktuelle Darlehensstand bei rd. 2,7 Mio. Euro liege. Die jährliche Tilgung beträgt 277.000 Euro. Von acht angefragten Banken hatten lediglich zwei Kreditinstitute ein Angebot abgegeben.

Vom 11.09. bis 12.09.2020 findet in Gerabronn erstmal die überregionale Radveranstaltung „**Tour de Hohenlohe**“ des Hohenlohe + Schwäbisch Hall Tourismus e. V. statt. Dabei wird Gerabronn zum Start- und Zielpunkt für verschiedene Radtouren in der Umgebung. Ein vielfältiges Rahmenprogramm ist ebenfalls geplant. Die örtlichen Vereine können bei der Bewirtung mit eingebunden werden. Ansprechpartner ist der Hohenlohe + Schwäbisch Hall Tourismus e. V. mit Sitz im Landratsamt Schwäbisch Hall, Karl-Kurz-Straße 44, 74523 Schwäbisch Hall.

Im Rahmen der Anfragen aus dem Gemeinderat wurde noch die Straße zwischen Hessenau und Elpershofen angesprochen. Hier sieht eine Stadträtin Handlungsbedarf wegen der fehlenden Beschilderung für eine scharfe Kurve. Bürgermeister Mauch verwies auf die Zuständigkeit des Landkreises und wird in dieser Sache nachfragen.

Bezüglich der Planungen des ev. Kirche zum barrierefreien Zugang zur ev. Stadtkirche in Gerabronn betonte der Gemeinderat einvernehmlich, für Gespräche mit dem neuen Kirchengemeinderat aufgeschlossen zu sein, sehe aber keinen unmittelbaren Zugzwang.

Von Anwohnern des Lindenbronner Wegs wurde die Missachtung der Tempo 30 Regelung bemängelt. Es wurde angeregt, so wie in der Jakob-Wiedmann-Str. auch, zusätzliche Bodenwellen anzubringen um die Geschwindigkeiten zu reduzieren.

Die nächste Gemeinderatssitzung findet voraussichtlich am Dienstag, 17.03.2020 um 19 Uhr im Sitzungssaal des historischen Rathauses statt.

In der sich anschließenden nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung wurden noch Grundstücksangelegenheiten, Personalangelegenheiten und Verschiedenes besprochen.